Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die schöpferische Kraft der Freiheit

Als Beilage zur Mainummer erscheint ein Sonderheft, das dem kürzlich verstorbenen Nobelpreisträger Friedrich August v. Hayek gewidmet ist, dem wohl bedeutendsten liberalen Denker der Nachkriegszeit. In seinem umfangreichen Werk sind die Bedingungen angegeben, die erfüllt sein müssen, wenn die Menschen in einer freiheitlichen und gleichzeitig in einer effizienten, d. h. Wohlstand gerierenden Wirtschaftsordnung leben wollen. In diesem *«Blickpunkt»* soll auf ein Element hingewiesen werden, das in der aktuellen ordnungspolitischen Diskussion nicht mit dem ihm gebührenden Gewicht vertreten ist. Worum geht es?

Wohlstand ist abhängig, darüber herrscht Einigkeit, vom zivilisatorischen und wirtschaftlichen *Fortschritt,* wobei Fortschritt einen Prozess meint, der darüber entscheidet, ob sich neue Ideen bei der Lösung bestimmter Probleme, vor die sich die Menschen gestellt sehen, durchsetzen werden und damit alte, überkommene Verhaltensweisen verdrängen (evolutorischer Prozess). Im Urteil der Menschen besseres Wissen hat die Eigenschaft, altes Wissen zu ersetzen. Aktuelles Wissen kann deshalb nie endgültig sein, sondern ist stets nur – wie auch *Popper* begründet hat – als *vorläufig* zu betrachten. Bestehendes Wissen steht in einem unablässigen Wettbewerb mit neuem Wissen und kann aus diesem Grund *nie* einen *absoluten Charakter* annehmen. Wer absolutes Wissen zu besitzen vorgibt und gleichzeitig die politische Macht innehat, seine Legitimation politisch unanfechtbar zu machen, *verhindert Fortschritt.* Dieser Ansatz ist nicht in wissenschaftstheoretische Ferne, in Elfenbeinturmdistanz vom wirklichen Leben entrückt, sondern hat *praktische Relevanz* von gewaltiger Sprengkraft, wie etwa am Zustand der ehemals sozialistischen Länder abzulesen ist. Weil der Marxismus eben über absolutes Wissen glaubte verfügen zu können und dieses in ideologische Bunker einzementierte, hat er Fortschritt behindert und im Namen des «marxistischen Fortschritts», was immer dies sein mag, die Wirtschaften ruiniert und damit den Menschen einen ständig sinkenden Lebensstandard (Wohlstand) zugemutet. Es kann heute wohl keinem Zweifel unterliegen, dass dieser Vorgang nicht unwesentlich zum *Untergang der sozialistischen Systeme* beigetragen hat. Ähnliches gilt für Marktwirtschaften mit einem dichten Regulierungsnetz bzw. freiheitsbeschränkenden und damit wohlstandsrelevanten Normen.

Welcher Art sind in diesem Zusammenhang die Stolpersteine, die dem Marxismus schliesslich zu Fall gebracht haben? Hayek geht vom simplen Tatbestand aus, dass Wissen stets an *Personen* gebunden ist. Und niemand kann behaupten, er gebiete über das ganze, in einem bestimmten Zeitpunkt auf der Welt verfügbare Wissen. Je höher vielmehr das zivilisatorische Niveau, je umfangreicher das Wissen, desto grösser wird die *relative Unkenntnis des Einzelnen.* Auf dem Fundament dieser Beobachtung geisselt Hayek die *Anmassung des Wissens* (durch einzelne oder den Staat); das Zeitalter des Universalgenies

ist endgültig vorbei, obwohl dies noch nicht alle gemerkt haben. Daraus ist nun aber zu folgern, dass der einzelne in einer freien Gesellschaft seine Ziele um so besser und erfolgversprechender anzusteuern vermag, je leichter und umfassender er auf das Wissen anderer zurückgreifen kann. Hayek stellt deshalb die These auf, dass *individuelle Freiheit,* eine tragende Säule einer freiheitlichen Ordnung, nicht nur dadurch wertvoll und legitimiert ist, dass sie dem einzelnen Entscheidungsoptionen zuspielt und ihn damit in den Stand setzt, nach seiner eigenen Façon selig zu werden, sondern eben gleichzeitig den *Gebrauch der Freiheit anderer* ermöglicht. Das Resultat ist *mehr* als das Einzelne; es ist für die Gesellschaft und ihren Wohlstand von Vorteil [1].

Aus diesem Grund insistiert Hayek darauf, dass individuelle Freiheit als eine *Prinzipienfrage* und nicht als eine Zweckmässigkeitsfrage im Einzelfalle behandelt wird. Genau dies aber geschieht in der Regel in der schweizerischen Wirtschaftspolitik, etwa bei der Beschränkung der Verfügungsrechte über Eigentum von Vermietern, bei der Beschränkung des Verkaufs von Grundstücken und in zahlreichen anderen Zusammenhängen steht immer das Zweckmässigkeitsargument im Vordergrund. Die Überlegung, dass damit eben die schöpferischen Kräfte der Freiheit gelähmt und gleichzeitig die wohlstandsfördernden Potenzen herabgesetzt werden, hat kaum mehr einen handlungsrelevanten Einfluss. Und es kann deshalb auch nicht erstaunen, dass die Deregulierung, d. h. die Befreiung des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns von freiheitbeschränkenden Normen, die mehr soziale Kosten verursachen, als Nutzen stiften, in der Schweiz einen schweren Stand hat.

Willy Linder

[1] Vgl. dazu: F. A. von Hayek, «Die Verfassung der Freiheit», Tübingen 1971, 1. Kapitel. «Grundtatsachen des Fortschritts», in: ORDO, Bd. IX; Düsseldorf 1957. «Grundsätze einer liberalen Gewellschaftsordnung», in: ORDO, Bd. XVIII, Düsseldorf 1967. «The Use of Knowledge in Society», in: The Essence of Hayek, Stanford 1984. «Permanente Grenzen des Tatsachenwissens», in: Recht, Gesetz und Freiheit, Bd. 1, München 1980.

Liberalisierung – mehr als ein Modebegriff

Die Karriere politischer Begriffe verläuft stets nach demselben Muster: Von Rufern in der Wüste in die Welt gesetzt, begegnen sie zuerst Misstrauen und ideologischer Verdächtigung, werden dann von flinken Agendasettern zu Trends befördert und tauchen nach nicht allzulanger Inkubationszeit als modische Versatzstücke politischen *Small talks* allerorten bei geeigneten und ungeeigneten Gelegenheiten auf. Oft sind sie zerredet, bevor sie richtig geprüft und in ihren Konsequenzen erfasst sind. Was gemeint ist, entzieht sich bald der intellektuellen Kontrolle und kann in der politischen Auseinandersetzung fast beliebig gedeutet werden. Polemik und Demagogie nähren sich meist weniger aus sachlichen Differenzen als aus dem *Streit ums politische Vo-*

kabular. Paradebeispiel ist der Begriff «sozial», der, weil völlig tabuisiert und daher von jedermann in irgendeiner Art besetzt, inhaltlich nicht mehr bestimmbar ist. Und wer sich mit umweltpolitischen Fragen ernsthaft auseinandersetzt, wird sich heute vor der blossen Etikette «ökologisch» hüten, will er sein Anliegen nicht banalsten Missverständnissen aussetzen.

Man kann derzeit erleben, wie ein neuer Kampfruf entsteht und wie unterschiedlich Inhalt und Hülle sich politisch entfalten. Der Begriff *«Liberalisierung»* hat die ersten Etappen hinter sich. Lanciert wurde er von Wirtschaftsprofessoren und Unternehmern, die vor dem Hintergrund globaler und europäischer Entwicklungen der Schweiz eine umfassende ordnungspolitische Therapie verschrieben. Prompt wurden die Forderungen nach Deregulierung und Privatisierung als *Reagonomics* und *Thatcherismus* verteufelt. Doch die Welle war nicht aufzuhalten. Die Politik hat die Begriffe in Beschlag genommen. Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen und im Fernmeldewesen etwa segelte unter der Flagge der Liberalisierung – und missbrauchte sie bereits durch Halbherzigkeiten. Eine für den eidgenössischen Pragmatismus ungewöhnliche Dynamik aber hat die Diskussion durch den *Fahrplan der europäischen Integration* erhalten. Der Beitritt zum EWR erfordert den Abbau von Schutzwällen; interessanterweise aber betonen auch Beitrittsgegner, dass die Schweiz ihre Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit in einem stärker integrierten Europa nur durch autonome Liberalisierungen erhalten könne.

Inzwischen hat die Bewegung konkrete Konturen erhalten. Dem Bundesrat soll noch dieses Jahr ein umfassendes *marktwirtschaftliches Reformprogramm* vorgelegt werden, das vom Volkswirtschaftsdepartement aufgrund eines zunächst vertraulich behandelten Papiers einer aus prominenten Exponenten der Wissenschaft und der Wirtschaft bestehenden *Arbeitsgruppe Odnungspolitik* vorbereitet wird. Nicht weniger als 31 einschneidende Massnahmen in neun Teilbereichen wurden von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen; jede einzelne enthält genügend politischen Sprengstoff, um das auf kleinste Erschütterungen anfällige Gefüge der helvetischen Konkordanz nachhaltig zu erschüttern. Entsprechende Abwehrreaktionen sind jedoch vorerst ausgeblieben. Noch hält das bisher erst verbale Bekenntnis zur Liberalisierung stand.

Die *Anfechtungen* werden sich bald genug bemerkbar machen. In der Ausländerpolitik, mit dem Wegfall von Beschränkungen der Berufstätigkeit und der Aufhebung von Kartellen werden starke wirtschaftliche Interessen tangiert, in der Finanz-, Verkehrs- und Energiepolitik müssten bisher chancenlose Neuerungen akzeptiert werden, die Landwirtschaft hätte eine Radikalkur zu erdulden und auf dem Boden- und Wohnungsmarkt würden Besitzstände angetastet, die politisch sehr breit gestreut sind. Es wird nicht an Kritikern fehlen, die einer konsequenten Deregulierung schnell einmal die ominöse Etikette «unsozial» anhängen werden.

Doch die zu erwartende wirtschaftspolitische Kontroverse ist nicht das Haupthindernis. Denn dieses müsste aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse eigentlich überwunden werden können. Gefährdet ist Reformfähigkeit unseres politischen Systems vielmehr durch den auch in bürgerlichen Kreisen festzustellenden *Kleinmut* und einen *Krämergeist,* der den Staat nur zu gerne zur Sicherung von Besitzständen und

zur Förderung und Unterstützung von Interessen aller Art beizieht und einlädt. Die politische Praxis zeigt fast täglich, wie schwer es fällt, einmal Geschaffenes wieder in Frage zu stellen, vor allem dann, wenn es durch eine ideelle Absicht begründet wurde. Wie die Farce um die Sperrfrist gezeigt hat, wird eine Deregulierung selbst dann noch als Verrat am einmal deklarierten Ziel empfunden, wenn dieses mit den eingesetzten Instrumenten klar verfehlt wurde.

Ob aus der Liberalisierung mehr als nur ein Geplänkel um Worte wird, ist nicht so sehr eine ideologische als eine *Mentalitätsfrage.* Freiraum als Chance zur Innovation statt als Verlust zu betrachten, verlangt *Vertrauen* in die Kräfte des Marktes und der Gesellschaft und damit nicht zuletzt Selbstvertrauen.

Ulrich Pfister

«Bundesstadt-Kultur»

Im *«Kleinen Bund»* (vom 28. 3. 1992) hat der Schriftsteller *E. Y. Meyer* den Text eines Vortrages veröffentlicht, den er anlässlich eines Kolloquiums *«Josef Viktor Widmann und die Literaturkritik von morgen»* gehalten hat. Was er *«Bundesstadt-Kultur»* nennt, stellt seiner Ansicht nach eine Mischform zwischen städtischer Hochzivilisation und archaischer Dorfkultur dar, eine Kultur also, in der sich *«nicht nur die Problematik dieses Landes, sondern auch die der Welt kristallisiert, – und ein Ambiente somit, in dem nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Fragen sowohl dieses Landes wie der Welt behandelt werden».* Was er verhindern möchte, ist mit der Horrorvision einer Art *«Grosslondon»* oder *«Manhattan»* umschrieben, das sich von Zürich bis Bern und über das ganze Land hinweg erstreckt, *«so dass wir uns bei der Europäischen Gemeinschaft dann gar nicht mehr um eine Aufnahme als Land bemühen müssen, sondern uns gleich als Hauptstadt bewerben können, zumal wir ja die Hauptattribute einer Stadt, die von Anfang an deren zentralen Kern bildeten, in einer geradezu idealen Weise vorweisen können: unsere Banken als gemeinsamer Ersatz für den Kornspeicher und den Tempel – und unsere Armee als Palastwache».*

Der Diskussionsbeitrag ist, soviel ich sehe, zu wenig beachtet worden; er erscheint später vielleicht in einem Sammelband mit «Kleinen Schriften» des Autors. Ich finde, das Thema wäre wichtig genug, gerade im Hinblick auf die noch bevorstehende Debatte über den Weg der Schweiz nach Europa. Wenn man zwischen Stadtkultur und Landkultur unterscheidet, dann wäre *«Bundesstadt-Kultur»* zu umschreiben als das, was im Bunde unterschiedlicher, in ihrer lebendigen Kultur souveräner Teile sowohl an Gemeinsamkeit wie an eigenständiger Kreativität aktiv ist. E. Y. Meyer, der in der Bundesstadt lebt, geht zwar vom Unterschied zwischen der aufs *«Weltstädtische»* hinzielenden Kultur Zürichs und der gewissermassen provinziell anmutenden, der bäuerlichen Umgebung verpflichteten *«Bundesstadt-Kultur»* Berns aus: aber seine

Gedanken weisen über dieses Spannungsverhältnis hinaus auf einen Zustand, in welchem eine Synthese aus beiden Kulturformen gewonnen wäre. Ich denke, es sei überdies hoch an der Zeit, das traditionelle Ordnungsschema, das Kulturzentrum und Provinz unterscheidet, im Lichte neuerer Entwicklungen etwas zu modifizieren. Natürlich gibt es Ballungen von kulturellen Aktivitäten, räumliche Konzentrationen einer variablen Szene, durch Geschichte geadelt und durch die Fülle von Vergleichsmöglichkeiten und Anregungen begünstigt. Aber die Leichtigkeit, mit der neue Tendenzen der Kunst, neue Schreibweisen, neue Musik an ein Millionenpublikum vermittelt werden können, dazu die Anfälligkeit der mächtigen Medien, dem Neuen immer den Vorzug zu geben, auch wenn es sich im nächsten Augenblick schon als Seifenblase erweisen sollte, haben den Anteil des Beliebigen anwachsen lassen und die Gefahr vergrössert, dass das kulturelle Leben endlich im postmodernen Allerlei verschwimmt. Dieser Entwicklung im Zentrum steht eine andere in der Provinz entgegen. Die Trendmacher und die Trendgläubigen können sich da nicht mehr wie vor Zeiten auf den Informationsvorsprung berufen, weil ihnen dieses Privileg nicht mehr allein gehört. Die Mobilität ist unbegrenzt, die Information auch weitab von den Zentren so aktuell wie nur möglich. Kurzum, das *«Zentrum»* kann den Ton nicht mehr so leicht angeben, weil die *«Provinz»* nicht genötigt ist, sein Diktat unbesehen anzunehmen. Im Gegenteil, sie hat die Chance, selbständig zu vergleichen und zu prüfen, was neu entsteht und zur Diskussion gestellt wird. Sie ist dank ihrer Informiertheit in der Lage, kompetent zu antworten, nötigenfalls auch zu widersprechen. Und sie braucht sich überhaupt nicht zu scheuen, ihren eigenen Beitrag zu entwickeln und zu behaupten.

Wahrscheinlich kann man die Begriffe «Zentrum» und «Provinz» inskünftig nur noch im Sinne der Raumplanung brauchen. Über den Rang ihrer Kultur, über den Wert ihres Beitrags an das Gespräch zwischen den Völkern entscheiden vermehrt die Bereitschaft und die Fähigkeit der dort lebenden Menschen, sich ohne Vorurteile den Problemen der Welt zu stellen. Sich gegen das Fremde nicht verschliessen, bedeutet nicht, darauf zu verzichten, einen eigenen Standpunkt zu suchen und ihn auch darzulegen, in künstlerischen Werken vor allem, aber auch in einer Verhaltensweise, die keine Furcht vor dem kennt, was anders ist, sondern im Gegenteil Neugier und Interesse dafür. Aus dem Selbstverständnis erwüchse dann nicht Abkapselung und Überlegenheitswahn, sondern die Sicherheit, die zur Partnerschaft befähigt. In seinem Vortrag nennt E. Y. Meyer drei Regeln, die vor allem zu befolgen wären. Wir müssen den Mut haben, zu den eigenen Werten zu stehen. Etwas weniger Kleinmut und etwas mehr Grossmut wäre zu wünschen. Und auf das eigene Urteil sollten wir niemals aus Furcht verzichten, wir lägen damit vielleicht nicht im zeitgemässen Trend. Josef Viktor Widmann, zu dessen Ehren die Berner Veranstaltungen stattfanden, ist in dieser Hinsicht ein guter Schutzpatron der *«Bundesstadt-Kultur»*. Seine Feuilletons, die er von 1880 bis 1911 für den *«Bund»* schrieb und von denen eine Auswahl unter dem Titel *«Ein Journalist aus Temperament»* vor kurzem als Buch erschien, sind Beispiele selbständiger, weltoffener und unerschrockener Kritik.

Anton Krättli